

Gegen Verarmung! Also gegen Kapitalismus *und* Sozialstaat!

Schröder sagt es, SPD, CDU/CSU, FDP und Unternehmerverbände sagen es: „Der deutsche Arbeitnehmer ist zu teuer!“ Den Leuten, die von der Erwerbsquelle Lohnarbeit leben müssen, geht es immer noch zu gut – nach Jahrzehnten der Rentenkürzungen, steigenden Zuzahlungen zu Medikamenten, nach der Flexibilisierung der Arbeitszeit und sinkenden Reallöhnen.

Die lohnabhängigen Deutschen sind nicht arm genug. *Wofür?* Für den Reichtum des Kapitals und der Nation, die von dessen Wachstum leben will – und zwar in weltspitzenmäßigem Format. Darum befinden die fürs Allgemeinwohl Verantwortlichen: Die Kosten, die der Lebensunterhalt der Normalbürger „unserer“ Wirtschaft, „unserem“ Land, „unseren“ Sozialkassen verursacht, sind einfach unerträglich. Der Lohn muss runter, die Stütze für zeitweise oder dauerhaft unbrauchbare Arbeitskräfte ebenfalls – damit die Kapitalisten mehr investieren, die Geschäfte wieder wachsen, der Staat größere Steuereinnahmen kassiert. Alles, was in diesem Land wirklich wichtig ist, kann nur gewinnen, wenn Arbeiter, Arbeitslose, Rentner und Patienten endlich ärmer werden. Dieses Ziel packt die „Agenda 2010“ entschlossen an.

Also Demonstranten: Nehmt Eure Feinde ernst!

Politik und Wirtschaft teilen Euch mit, dass *Euer* Lebensstandard unverträglich ist mit *ihrem* Erfolg – und damit auch, dass der auf Eurer Armut beruht. Warum bekennt Ihr Euch nicht dazu, dass dann eben Eure Lebensinteressen unverträglich sind mit den Ansprüchen von Staat und Kapital? Wenn sie sagen, sie könnten sich Euren Lebensunterhalt nicht mehr leisten, warum sagt Ihr ihnen nicht, dass Ihr Euch diese Wirtschaftsweise nicht mehr leisten könnt? Wenn sie sagen, dass Eure Ernährung in Zeiten des Lohnausfalls der Nation unerträgliche Kosten verursacht, warum sagt Ihr dann nicht, dass Ihr es Leid seid, lebenslänglich darauf angewiesen zu sein, ob der Sozialstaat Euch Überlebenshilfen gewährt? An der Entscheidung kommt nämlich keiner vorbei: Entweder man stellt fest, dass *Lohnarbeit* kein gutes Lebensmittel ist, dann kündigt man am besten denen die Gefolgschaft, die *von* der Benutzung der Lohnarbeit gut leben – und dann setzt man auch nicht mehr darauf, was der *Sozialstaat* für den Erhalt seiner Ausgemusterten und Verschlissenen gerade übrig hat. Oder man setzt seine ganze Hoffnung auf den Staat und plädiert *gegen* Sozialabbau *für* Erhalt des Ist-Zustandes: Dann bittet man um *Verschönerung* vor (weiteren) Opfern – und zwar ausgerechnet die Instanz, die soeben befunden hat, dass die Armut im Land nicht etwa zu groß, sondern *zu teuer* ist. „Niedriglöhne helfen niemandem“, kritisiert der Demo-Aufruf. *Sollen* sie das denn? Meint Ihr ernsthaft, die Herrschenden zu beeindrucken, wenn Ihr sagt, ihr Reformprogramm macht die Leute ärmer? Das *will* es doch gerade! Oder wollt Ihr davor warnen, dass der Großangriff auf den Lohn sich für Wirtschaft und Nation nicht auszahle? Das lasst lieber deren Sorge sein! Der Adressat des Appells erklärt doch selbst, dass er von einer *Vereinbarkeit* seiner Sorgen um Profite und Staatsfinanzen mit den Sorgen derer nichts hält, die einen Job brauchen, der ihnen jetzt und dann ein Einkommen sichert, wenn sie nicht arbeiten können.

Der Kanzler sagt: „Der Sozialstaat ist nicht mehr finanzierbar.“

Eine klare Kampfansage an die, die von ihm abhängig sind!

Das ist einerseits absurd. Heute sollen Rente, Gesundheitsversorgung und Lohn nicht mehr bezahlbar sein, die vor 10 und 20 Jahren bezahlbar waren. Dabei ist die Produktivität der Arbeit in der Zwischenzeit gigantisch gestiegen. Die Herstellung z. B. eines Autos braucht weniger als die Hälfte der Arbeitszeit von 1970. Der materielle Reichtum der Gesellschaft ist ungeheuer angewachsen. Es ist viel leichter geworden, die Güter des Bedarfs herzustellen. Für alle Menschen wäre heute ein Leben mit wenig Arbeit möglich, ohne dass deswegen gleich die Existenz auf dem Spiel steht.

In der Marktwirtschaft ist das aber anders. Da steigern Betriebe mit moderner Technik die Produktivität – nicht, um dem Arbeiter Mühe zu ersparen, sondern ihrer Bilanz Lohnkosten. Sie lassen einen Arbeiter die Arbeit von früher zweien machen, entlassen den anderen, sparen sich die Bezahlung seines Lohnes, senken die Lohnstückkosten und steigern den Gewinn pro Stück. Also wächst mit dem Reichtum und der Größe des Kapitals zugleich die Armut der Arbeiterschaft. Je produktiver die Arbeiter produzieren, desto weniger werden gebraucht und können von ihrer Arbeit leben.

So herum *gilt* die Rechnung dann tatsächlich: Die Sozialversicherungssysteme werden aus dem gesellschaftlichen Gesamtlohn bezahlt – und haben darin ihre Obergrenze. Vorsorge für die offenbar absehbaren, todsicher eintretenden „Wechselfälle des Lebens“ Erwerbslosigkeit, Altersarmut und Krankheit findet per Umverteilung des Lohns innerhalb der Klasse statt. Wenn wachsende Teile der Arbeiterschaft arbeitslos sind, keine Beiträge in die Kassen zahlen und Unterstützungsleistungen umso mehr bräuchten, genau dann sind die Sozialkassen leer. Und dabei handelt es sich um alles andere als um ein „Versagen des Sozialstaates“:

Der *war* noch nie als Schutz der Arbeiter vor den ruinösen Folgen kapitalistischer Benutzung eingerichtet, sondern immer schon auf den Erhalt einer nützlichen Reserve einkommensloser, deshalb zu jeder Arbeit bereiter Menschen berechnet: Das beweist er in aller Härte darin, was er *heute* sein will! Da die marktwirtschaftlich hergestellte und politisch betreute Reservemannschaft nicht mehr in dem Umfang gebraucht wird und deren Nutznießer, die nationale Wirtschaft, in der Wachstumskrise ist, betätigt sich der Sozialstaat als *zweites Subjekt der Volksverarmung*. Er funktionalisiert nicht mehr bloß die Not, in die ihre Lage als Anhängsel des Kapitalerfolgs ganze Arbeitergenerationen gebracht hat, er *produziert* sie auch noch mit. Die Pleite der Sozialkassen zeigt nicht nur, wie sehr das Wachsen des kapitalistischen Reichtums die Arbeiter und Angestellten bereits verarmt hat – sie müssen, so der staatliche Schluss daraus, noch viel ärmer gemacht werden, damit die Nation wieder in Ordnung kommt.

Der Skandal,

gegen den hier demonstriert wird, reicht also weiter als ein Protest gegen „verantwortungslose“ Bosse und Politiker das formuliert: Ihr habt es nicht nur auf einem Wirtschaftssystem zu tun, das die Armut der Arbeiter braucht und schafft, sondern auch noch mit einer rot-grünen Führung und CDU-Ersatzregierung, die das Streichen von Nothilfen für Arme zur Staatsräson erklärt. Gerade die *SPD* versage in „ihrer sozialen Verantwortung für die kleinen Leute“? Die Wahrheit ist etwas härter: Die Interessen auf Lohn angewiesener Menschen sind mit den gültigen Rechnungen des Kapitalismus und seiner Herren unvereinbar; das liegt in der Tat *am System* – und die *SPD* vollstreckt dessen aktuelle Notwendigkeiten, kraft ihrer sozialstaatlichen Verfügungsgewalt über den Geldbeutel der Arbeiter, Patienten und Rentner. Das jedenfalls wird der Kanzler auf dem Parteitag frei heraus sagen: *Dafür* verlangt er den Applaus der Basis und der ganzen Gesellschaft.

Warum Armut und Verschleiß lohnabhängiger Menschen eine Lebensbedingung des Systems sind, das wird am Beispiel des Gesundheits-Marktes, des staatlichen Gesundheitswesens und deren Reform erklärt und zur Diskussion gestellt auf der Veranstaltung des GEGENSTANDPUNKT-Verlags:

Wie der Staat den massenhaften Verschleiß von Arbeitskraft therapiert

Montag, 17. November, 19 Uhr (unmittelbar nach der Demo der „Sozialforen“):

BOCHUM, Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Westfalen-Ruhr, Audimax

Wittener Str. 61 (200 Meter vom Hauptbahnhof, stadtauswärts auf der linken Seite)

Auch am Tag darauf gibt es für Interessenten die Möglichkeit, sich Klarheit über den Sozialstaat und dessen Gründe für die fällige Verarmung seiner Arbeiterschaft zu verschaffen:

Sozialpolitik als Wegwerfaktion – oder: das Leiden von Kapital und Staat an ihren Standorten muss ein Ende haben

Dienstag, 18. November, 19 Uhr. Öffentlicher Termin des GEGENSTANDPUNKT-Verlags:

BOCHUM, Hotel Ibis, Universitätsstr. 3 (hinter dem Hbf), Tagungsraum Parterre

Dazu der **Lesetipp**: Gleichnamiger Artikel in der Zeitschrift 3/03 (erhältlich im Buchhandel, 13 €)